



Landes-SGK EXTRA

Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

für ein Grußwort zum Jahresende bietet sich immer gerne ein Jahresrückblick an. Besondere Ereignisse zusammenfassen, das Positive betonen und mit einer versöhnlichen Note versehen – schnell geschrieben, dankbare Aufgabe.

Allein, dieses Jahr fällt es nicht leicht. Das Jahr ist zu Ende und wir stecken erst so mitten in den Aufgaben. Die Bundestagswahl ist vorbei. Die Aufgaben sind größer als vorher, gar existenziell.

Nur noch 20,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler haben sich für die SPD entschieden. Im zahlenmäßig größten Bundestag der Geschichte der Bundesrepublik sitzen im Verhältnis so wenige sozialdemokratische Abgeordnete wie nie. Der Nimbus der Volkspartei ist hart angekratzt.

Zäsur für die SPD

Wählerinnen und Wähler haben die große Koalition abgewählt – und uns gleich mit. Doch dies alleine auf die Regierungsbeteiligung zu schieben, wäre zu kurz getroffen. Die Bundestagswahl ist eine Zäsur für die SPD.

Denn: Das Ergebnis führt vor dem Hintergrund der Wahlen von 2009 und 2013 klar vor Augen, dass es sich nicht um einen Betriebsunfall handelt. Viel mehr wird deutlich, dass sich die SPD in ihrem Kern erneuern muss.

Ein Erneuerungsprozess muss darauf abzielen, eine Bundespartei auf der Höhe der Zeit aufzubauen, und er muss sich programmatisch, personell und auch strukturell vollziehen.

Das Bundestagswahlergebnis in Rheinland-Pfalz war besser als im Bund gesamt. Das ist einerseits sicherlich der guten Arbeit der Landesebene um Ministerpräsidentin Malu Dreyer zu verdanken, die im



Michael Ebling

Foto: SGK

übrigen auf eine sehr würdige Bundesratspräsidentschaft dieses Jahr zurückschauen kann. Andererseits hat sich der Landesvorstand schon sehr früh nach der letzten Landtagswahl auf den Weg gemacht, neue Ideen und Visionen von Parteiarbeit zu entwickeln. Unser Landesverband hat nun dazu das Projekt der „Vernetzten Partei“ vorgestellt, auf dessen Basis auch ein Antrag für den Bundesparteitag im Dezember 2017 gestellt worden ist.

Aktuelle Diskussionen über die Urwahl des Parteivorsitzenden und unsere innere Verfasstheit finde ich persönlich nicht ausreichend. Ist das die Lehre aus den vergangenen Wahlergebnissen? Das sind nicht die Gründe, warum uns Wählerinnen und Wähler ihre Stimme nicht mehr geben, kein Vertrauen schenken und uns keine Lösungskompetenz IHRER Probleme zutrauen.

Die Menschen wollen eine SPD, die sich selbst wieder ermächtigt, gerechte Politik zu machen, wenn es sein muss auch gegen den Markt und gegen den vermeintlichen Zeitgeist. Eine SPD, die sich einsetzt für gerechte Löhne und gleiche Bezahlung. Für Renten, die Altersarmut verhindern, bezahlbares Wohnen, bestausgestattete Schulen, ein gerechtes Gesundheitswesen, in dem alle die beste Behandlung und den schnellsten Termin bekommen, egal, welches Logo auf ihrer Versicherungskarte prangt – und für handlungsfähige Kommunen, die die Aufgaben der Zukunft angehen können.

Zuhören, Verstehen, Handeln

Wir sind gut beraten, uns Zeit zu nehmen. Was wir brauchen sind zunächst die richtigen Fragen. Schnell zu Lösungen und Erklärungen zu kommen hilft nicht. Zuhören, Verstehen und Handeln!

Inhalt

Wie kann man Sicherheit besser garantieren?

Fachtagung:
Was ist zu tun, um die Pflege sicherzustellen?

Treibhausgasemissionen deutlich reduzieren

Wolfgang Denzer ist neuer Bürgermeister

Kommunalfinanzen auf dem Weg der Besserung

Weihnachtsgrüße

Auf kommunaler Ebene gibt es ebenso Licht und Schatten in diesem Jahr: Hoffnung geben uns die deutlichen OB-Wahlsiege von Jutta Steinrück in Ludwigshafen und David Langner in Koblenz und zugleich schmerzen uns die verlorenen Landratswahlen.

Ein hartes Jahr für die SPD geht zu Ende. Und gleichwohl liegt in aller Schwierigkeit immer eine Chance. Liebe Genossinnen und Genossen, vorwärts! Uns allen gute Wünsche für das neue Jahr! Glück auf!

Euer

Michael Ebling
SGK-Landesvorsitzender
Rheinland-Pfalz

Eine wachsende „gefühlte“ Bedrohungslage – Wie kann man Sicherheit besser garantieren?

Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung in Idar-Oberstein: Vertreter der Polizei und aus der Politik diskutierten die Sicherheitslage im kommunalen Raum

Autor Dimitri Gvenetadze



Sicherheitsfragen wurden bei der Fachtagung in Idar-Oberstein diskutiert. Im Podium: Hans-Joachim Hardrys, Bürgermeister Friedrich Marx, SGK-Landesgeschäftsführer Hans Jürgen Noss und Ernst Scharbach (v.l.).

Foto: Friedrich-Ebert-Stiftung

Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich in diesen Tagen, ob ihre Sicherheit auch in Zukunft gewährleistet werden kann. Besonders in ländlichen Regionen mit geringerer Polizeipräsenz steigt die Angst vor Wohnungseinbrüchen. Auch wenn sie selbst nicht betroffen sind, verspüren viele Bürgerinnen und Bürger eine „gefühlte“ Bedrohung und eine zunehmend durch Verrohung geprägte Atmosphäre. Angriffe gegen Polizisten, Ersthelfer und Behördenpersonal nehmen zu. Außerdem fragt man sich spätestens seit den Anschlägen von Berlin und Ansbach, wie die Polizei Bürger vor terroristischer Gewalt schützen kann. Wie gut ist sie auf die Bewältigung solcher Ausnahmesituationen vorbereitet? Zu all diesen Fragen veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung (Regionalbüro Rheinland-Pfalz und Saarland) in Idar-Oberstein eine Tagung. Vertreter der Polizei und der Politik, unter anderem MdL und SGK-Landesgeschäftsführer Hans

Jürgen Noss, diskutierten über die Sicherheitslage vor allem im kommunalen Raum.

Vor diesem Hintergrund ging es den Gästen auf dem Podium vor allem darum, über die Kriminalstatistiken aufzuklären und eine sachliche Debatte darüber anzustoßen, was unternommen werden muss, um eine gelungene Polizeiarbeit sicherzustellen und Verbrechen vorzubeugen.

Nach einem Grußwort und Einführung in das Thema durch den Bürgermeister der Stadt Idar-Oberstein, Friedrich Marx, gaben zwei Referenten Einblicke in die aktuelle Lage.

Problem Personalmangel

Den ersten Impuls des Abends lieferte Ernst Scharbach, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz. Zentrale Themen waren die Zusammenarbeit und Kompatibilität der einzelnen Organe, Datenschutz, Personalfragen und Cybercrime. Vor

allem im Zuge der Flüchtlingswelle sei die schlechte Zusammenarbeit der Bundespolizei und Landespolizei, aber auch der verschiedenen Länderdienststellen untereinander, offensichtlich geworden. Als Gründe benannte Scharbach verschiedene Datenschutzvorkehrungen, die die Weiterleitung von Daten erschweren, und technische Hürden wie nicht-kompatible Software. Friedrich Marx warf allerdings ein, dass in Idar-Oberstein selbst die Zusammenarbeit zwischen den Behörden sehr viel reibungsloser ablaufe als im Rest des Landes.

Ein weiteres großes Problem ist der Personalmangel bei der Polizei. In Deutschland gibt es aktuell 500 bis 700 sogenannte Gefährder, die von der Polizei beobachtet und bewertet werden müssen. Dies erfordere einen hohen personellen Aufwand, der allerdings aufgrund der Sparmaßnahmen des Finanzministeriums nicht gewährleistet werden könne.

Außerdem wird auch im Bereich des Cybercrimes mehr Personal benötigt. Um Arbeitskräfte bei der Polizei zu halten, so Scharbach, sei es hier vor allem wichtig, neue Gehaltsstrukturen einzuführen. Insgesamt müssten dringend mehr finanzielle Mittel vom Staat bereitgestellt werden, um den sich verändernden Aufgaben gerecht werden zu können.

Aufklärungsquote gestiegen

Den zweiten Impuls gab Hans Joachim Hardrys, stellvertretender Leiter der Polizeiinspektion Idar-Oberstein. Er präsentierte ein Bild von der Lage vor Ort. In seinem Aufgabenbereich – kleinere und mittlere Straftaten – lag im vorigen Jahr die Aufklärungsrate bei etwa 65 Prozent. Das zentrale Thema im ländlichen Raum sind derzeit Wohnungseinbrüche. Während die absoluten Zahlen stagnierten, konnte die Aufklärungsquote durch die Einrichtung einer gesonderten Arbeitsgruppe auf immerhin 20 Prozent erhöht werden. Die Arbeit dieser AG befasst sich, neben Einzeltätern, auch mit der Aufdeckung überregionaler Täterstrukturen.

Bei der anschließenden Diskussion mit dem Publikum kam die Frage nach Straftaten von Geflüchteten auf. Die Kriminalstatistik zeige, dass zwar die Anzahl der Straftaten der Nicht-Deutschen gestiegen ist, dennoch müsse hier beachtet werden, dass diese erstens nicht mit Geflüchteten gleichzusetzen sei. Und zweitens auch Straftaten registriert wurden, die nur von Geflüchteten begangen werden können. Ein Teilnehmer betonte in diesem Zusammenhang, dass die Bevölkerung sich der Diskussion stellen und den Umgang mit Geflüchteten lernen müsse. Dabei spiele auch die mediale Berichterstattung eine außerordentlich wichtige Rolle.

Fachtagung in Mainz ging der Frage nach: Was ist zu tun, um die Pflege sicherzustellen?

Dass der Pflegesektor dringend reformiert werden muss, haben alle politischen Entscheidungsträger längst erkannt. Doch über die konkreten Lösungsansätze besteht weiterhin kein Konsens

Autor SGK Rheinland-Pfalz

Die Menschen in Deutschland werden immer älter. Die Folgen des demografischen Wandels machen sich bereits heute im Gesundheits- und insbesondere im Pflegesektor bemerkbar. Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass die Zahl der Pflegebedürftigen in Rheinland-Pfalz in den letzten zehn Jahren um 35 Prozent gestiegen ist und auch in Zukunft werden immer mehr Menschen auf ambulante oder stationäre Pflegeleistungen angewiesen sein. Die Einführung der Pflegestärkungsgesetze reformierte das Pflegesystem

Anfang 2017 und ermöglicht es nun vor allem an Demenz Erkrankten, mehr Leistungen von der Pflegekasse zu beziehen. Auf der anderen Seite gibt es an einigen Stellen noch Nachbesserungsbedarf, sodass die zentrale Frage weiterhin lautet: Was sollte getan werden, damit die Pflege auch langfristig sichergestellt werden kann?

Die Fünf-Säulen-Basis

Diese Fragestellungen standen auch im Fokus einer gemeinsamen Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung

und der SGK Rheinland-Pfalz in der OPEL ARENA in Mainz, unter anderem mit der rheinland-pfälzischen Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Sabine Bätzing-Lichtenthäler. Vor ca. 70 interessierten Gästen eröffnete sie die Veranstaltung mit einem Vortrag zu den fünf Säulen der landesweiten Pflegestrategie. Die erste Säule bezieht sich auf die Fachkräftesicherung mit gezielten Maßnahmen zur Schließung der Fachkräftelücke. Den zweiten Schwerpunkt stellt die Präventionsarbeit dar. Ein flächendeckendes

Netzwerk und Beratungsmöglichkeiten stellen das Ziel der dritten Säule dar. Der vierte Schwerpunkt fokussiert die Angebotserweiterung, welche sich vordergründig am Bedarf orientieren sollte. Schließlich soll außerdem die Steuerungskompetenz der Kommunen gestärkt werden. Für die Zukunft betont sie die Notwendigkeit einer generalistischen Ausbildung und der flächendeckenden Tarifbindung.

Daraufhin gab Prof. Dr. Frank Weidner, Direktor des Deutschen Instituts

Anzeige

Kommunales Dokumentenmanagement

KIS  KDM

Chancen der Digitalisierung nutzen...

Wir haben die Lösung!





Das Podium bei der Fachtagung zum Thema Pflege: Sebastian Rutten, Prof. Dr. Weidner, Burkhard Müller, Alexander Wildberger, Armin Lang und Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler (v. l.)

Foto: Friedrich-Ebert-Stiftung

Anzeige



KOMMUNAL, SOZIAL, DEMOKRATISCH
DER DEMO-NEWSLETTER!

EINFACH ABONNIEREN

Auf www.demo-online.de/newsletter
Ihre E-Mail-Adresse sowie Vor- und
Nachnamen eingeben und bestellen.

Erscheint 1x im Monat.
Kostenlos und aktuell.

für angewandte Pflegeforschung e.V., einen weiteren Impuls und betonte den hohen Komplexitätsgrad dieses Bereiches, welches systematische Lösungen im Gegensatz zu Insellösungen bedürfe. Als Wissenschaftler forderte er die akademische Auseinandersetzung mit dem Themenfeld und Innovationsbereitschaft im Pflegebereich.

Ehrenamt eine große Stütze

Auf dem Podium diskutierten im Anschluss daran Alexander Wildberger, Geschäftsbereichsleiter Pflege und Demographie bei der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland, Armin Lang vom Sozialverband VdK und Sebastian Rutten von der PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz e.V. Die Diskussionsrunde verdeutlichte noch einmal die Potenziale und Chancen der Digitalisierung sowie die Notwendigkeit der Fachkräfteausbildung. Armin Lang forderte abschließend Ersatzleistungen des Bundes, um die Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit für Angehörige zu ermöglichen. Das Ehrenamt als große Stütze im Pflegebereich wurde in der anschließenden Diskussionsrunde besonders herausgestellt. Dennoch stellte das Podium klar, dass sich nicht ausschließlich auf das Ehrenamt verlassen werden



Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler will mit einem Fünf-Säulen-Modell dem Pflegenotstand entgegensteuern.

Foto: Friedrich-Ebert-Stiftung

könne, sondern die Aufgaben im Pflegebereich als gesamtgesellschaftliche Herausforderung betrachtet werden müssen. Das zweite zentrale Thema der Plenumsdiskussion bezog sich auf die fehlende Attraktivität des Berufsbildes und die Frage nach möglichen Anreizen für die pflegenden Angehörigen.

Burkhard Müller, Geschäftsführender Direktor des Landkreistages und Moderator der Veranstaltung, schloss die Diskussion mit dem Ausblick auf eine Fortführung im kommenden Jahr.

Treibhausgasemissionen deutlich reduzieren

8. Energiepolitische Fachtagung der FES/SGK Rheinland-Pfalz. Schadstoffe aus Straßenverkehr kommen bei Energiewende noch zu kurz

Autor SGK Rheinland-Pfalz

Die auf maßgebliche Initiative der SGK Rheinland-Pfalz zustande gekommene 8. Energiepolitische Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mainz hätte nicht aktueller als Anfang November 2017 terminiert werden können – also zeitgleich mit der UN-Klimakonferenz in Bonn. Parallel dazu rangen CDU/CSU/FDP und Bündnis 90/Die Grünen vergeblich um Kompromisse für eine Regierungskoalition und damit auch um die Formulierung energiepolitischer Maßstäbe, die den nationalen und internationalen Zielen des Klimaschutzes gerecht werden.

„Belohnt“ wurde die Fachtagung durch die zahlreichen Besucherinnen und Besucher, die von Heinz-Ullrich Brosziewski, Vizepräsident des Bundesverbandes Kraft-Wärme-Kopplung e. V., Dipl.-Betriebswirt Wolfgang Bühring, Geschäftsführer der Stadtwerke Speyer GmbH und Landesvorsitzender des VKU (Verband kommunaler Unternehmen) in Rheinland-Pfalz, und Dipl.-Ing. Christoph Zeis, Geschäftsführer der EDG (EnergieDienstleistungsGesellschaft), kompetent zum aktuellen Stand der Energiewende und den geeigneten Wegen zu einer deutlichen Reduzierung der Treibhausgasemissionen informiert wurden.

Lebensgrundlagen in Gefahr

Heinz-Ullrich Brosziewski wies darauf hin, dass die aktuelle und leider auch absehbare Klimaentwicklung unsere Lebensgrundlagen gefährde. Er forderte einen „wahren und transparenten“ Preis für CO₂-Emissionen und kritisierte die „Rabattierung der EEG-Umlage“ für stromintensive Unternehmen. Seiner Einschätzung nach werde sich die „Power to gas-Technologie“ (Wasserstoffgewinnung und Methanisierung von Strom aus Erneuerbaren Energien) auch im Kostenvergleich zu anderen Arten der Energiegewinnung betriebswirtschaftlich günstig entwickeln.

Wolfgang Bühring berichtete, dass die Stadtwerke Speyer seit vielen

Jahren in erneuerbare Energien investieren: So haben die Stadtwerke 15 bis 20 Prozent der relevanten Dachflächen mit Photovoltaik belegt und in Windparks investiert, was zu einer erheblichen Minderung der CO₂-Emissionen beitrage.

Christoph Zeis verwies auf die Besonderheit der ausschließlich kommunal getragenen EDG, die sich seit ihrer Gründung im Jahr 1998 auf den Sektor „Wärme“ spezialisiert habe. Sie betreibe mehr als 120 Blockheizkraftwerke und viele Biomasseanlagen sowie Nahwärmenetze, die den CO₂-Ausstoß deutlich reduzierten. Gerade mit Blick auf Energieeffizienz und Energieeinsparung seien innovative Kopplungstechnologien und Energieverbundlösungen für den Klimaschutz unerlässlich.

Klimaziele werden verfehlt

In der Diskussion wurde deutlich, dass sich die politische Diskussion allzu sehr auf das Thema Strom fokussiere, das Thema „Wärme“ in der öffentlichen Wahrnehmung dahinter rangiere, obwohl gerade in diesem Sektor die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen sehr deutlich reduziert werden könnten (z. B.: Verzicht auf Kohleöfen und Ölheizungen, Anwendung dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung, Nutzung der Solarenergie für Strom- und Wärmeerzeugung, Einsatz effizienter Wärmepumpen, die Wärmedämmung von Gebäuden etc.). Auch die Reduktion der Emissionen im Straßenverkehr komme bislang zu kurz mit der Folge, dass die Bundesrepublik Deutschland Gefahr läuft, hinter den zeitlichen definierten nationalen und internationalen Klimaschutzziele zurückzubleiben. Und dies, obwohl in einzelnen Regionen der Bundesrepublik – beispielsweise in Rheinland-Pfalz – die Erneuerbaren Energien inzwischen einen Beitrag von mehr als 40 Prozent zur Bruttostromerzeugung leisten.

Große Übereinstimmung gab es bei der Forderung, den Einsatz fossiler Brennstoffe bei der Energiegewinnung deutlich zu reduzieren, wobei es in erster Linie um den Ausstieg aus der Kohlenutzung geht.

Die Umstellung des Wärmemarktes auf Erneuerbare Energien, so Christoph Zeis, gelinge allerdings kurz- und mittelfristig nur durch innovative Kopplungstechnologien und nicht allein durch Bioenergie und Solarthermie.

Der SGK-Ehrenvorsitzende Michael Reitzel machte in seiner Moderation deutlich, dass es bei den Verhand-

lungen in Berlin um die zukünftige Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland auch um „milliardenschwere Interessen“ großer Unternehmen gehe, die partiell auch identisch mit Länderinteressen sind (z. B. Kohle in Nordrhein-Westfalen und in den neuen Bundesländern).

Die Referenten, Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung betonten neben der Notwendigkeit, die Treibhausgasemissionen deutlich zu reduzieren, auch, dass die Energiewende „sozialverträglich“ gestaltet werden müsse.

Anzeige

VKU
VERBAND KOMMUNALER
UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE
RHEINLAND-PFALZ

KOMMUNALE UNTERNEHMEN BILDEN MIT IHREN INFRASTRUKTUREN UND DIENSTLEISTUNGEN DAS FUNDAMENT FÜR DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT DEUTSCHLAND.

Unsere 83 Mitgliedsunternehmen in Rheinland-Pfalz leisten jährlich Investitionen in Höhe von über 391 Millionen Euro, erwirtschaften einen Umsatz von über 3,3 Milliarden Euro und sind wichtiger Arbeitgeber für über 10.000 Beschäftigte.

Die VKU Landesgruppe setzt sich im Sinne ihrer Mitglieder für die Sicherung und Stärkung der kommunalen Wirtschaft in Rheinland-Pfalz ein.

www.vku.de

**DIE KOMMUNALEN
UNTERNEHMEN**
WIR HALTEN DEUTSCHLAND AM LAUFEN

Faustdicke Überraschung in der VG Roldalben: Wolfgang Denzer ist neuer Bürgermeister

Sozialdemokrat erobert CDU-Hochburg. Ab Januar 2018 im Amt. Seit 20 Jahren kommunalpolitisch aktiv. Förderung des Tourismus eine zentrale Aufgabe

Autor SGK Rheinland-Pfalz

Wolfgang Denzer heißt der neue Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rodalben im Landkreis Südwestpfalz ab dem kommenden Jahr. Mit 52,7 Prozent behielt der 56-jährige Kriminalbeamte und langjährige Pressesprecher des Polizeipräsidiums Westpfalz bei der Stichwahl am 8. Oktober die Oberhand – sein Konkurrent Dieter Herrmann (CDU) kam bei einer Wahlbeteiligung von 55,3 Prozent auf 47,3 Prozent. Im ersten Wahlgang am 24. September, zu dem insgesamt sechs Kandidaten und eine Kandidatin angetreten waren, war Denzer mit 26,7 Prozent noch knapp hinter Herrmann (29,9) gelandet. Nach dieser faustdicken Überraschung übernimmt am 2. Januar 2018 erstmals ein Sozialdemokrat die Leitung der Verbandsgemeinde Rodalben. Nach seinem Sieg führten wir mit Wolfgang Denzer nachfolgendes Interview.

Du wurdest am 8. Oktober zum neuen Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rodalben gewählt. Kannst du uns deine Gefühle nach der Bekanntgabe des Ergebnisses beschreiben?

Es war einfach überwältigend und ein unvergesslicher Abend! Nachdem das Ergebnis feststand, habe ich den Abend mit meiner Familie und zahlreichen (Partei-) Freunden und Bekannten in meiner Stammgaststätte in Rodalben ausklingen lassen. Gefreut habe ich mich besonders über die zahlreichen Gratulationen und Glückwünsche in den folgenden Tagen.

Du bist schon lange im kommunalpolitischen Bereich deiner Region aktiv. Welche Funktionen hast du bisher ausgeübt?

Ich bin bereits seit knapp 20 Jahren ehrenamtlich in der Kommunalpolitik tätig und Mitglied im Kreistag des Landkreises Südwestpfalz, Fraktions-



Wolfgang Denzer übernimmt im Januar das Amt des Bürgermeisters in der Verbandsgemeinde Rodalben.

Foto: Privat

vorsitzender im Verbandsgemeinderat und 1. Beigeordneter der Stadt Rodalben. Daneben gehöre ich verschiedenen Ausschüssen auf Kreis-, Verbandsgemeinde- und Stadtebene an und bin Mitglied beim Landkreistag. Insofern betreue ich kein absolutes Neuland.

Deine jahrelange politische Erfahrung und deine berufliche Qualifikation sind sicherlich Vorteile im neuen Amt?

Das sehe ich auch so. Bei meiner bisherigen politischen Arbeit habe ich viele positive und negative Erfahrungen sammeln können, die mir als zukünftiger Verbandsbürgermeister weiterhelfen werden. Zudem sehe ich auch meinen bisherigen beruflichen Werdegang als zusätzliches Qualitätsmerkmal. Nach 38 Jahren in mehreren Funktionen bei verschiedenen Polizeibehörden beim Bund und zwei Bundesländern

weiß ich, wie Verwaltung funktioniert.

Was sind besondere Anliegen, die du als Verbandsbürgermeister in Angriff nehmen willst?

Mein Lieblingsthema ist und bleibt die Förderung des Tourismus. Gerade im Fremdenverkehr bieten sich für unsere Verbandsgemeinde große Potenziale. In diesem Bereich wurde in den letzten Jahren viel zu wenig gemacht. Andere Verbandsgemeinden in unserer Region haben uns überholt, obwohl die Voraussetzungen keine großen Unterschiede aufweisen. Gerade für Menschen aus Ballungsgebieten und Großstädten bieten der Pfälzer Wald und unsere Natur viel Spannendes, das wir mit einer gehörigen Portion Selbstbewusstsein bewerben müssen. Es gibt kaum einen Mountain-Biker, der von Rodalben und Umgebung nicht begeistert ist. Die tollen Wege unserer

Region sind immer wieder Thema in Biker-Fachzeitschriften. Auch Wanderer schätzen unsere facettenreichen Wanderwege. Ein ganz wichtiges Thema ist für mich auch das politische Miteinander und das Verhältnis zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. In diesen beiden Bereichen ist es seit Jahren ganz schlecht bestellt. Das erste Ziel muss es sein, durch Kommunikation und Transparenz Vertrauen zu schaffen.

Was war für dich im Nachhinein entscheidend für den Wahlsieg in einer Region, die seit Jahrzehnten eher von der CDU dominiert wird?

Ich bin hier geboren und lebe schon immer in der Verbandsgemeinde. Dadurch kenne ich die Menschen und ihre Probleme. Auch wenn ich für eine Partei antrete, bin ich kein Parteipolitiker. Mir geht es um die Sache und nicht um Parteiprogramme. Einen Verbandsbürgermeister sehe ich als neutralen Moderator. Er muss die Ratsmitglieder und die Menschen mit Argumenten und Transparenz überzeugen, nicht durch Mehrheiten. Ich denke, dass die Wählerinnen und Wähler den Menschen Wolfgang Denzer gewählt haben.

Ein weiterer Pluspunkt war mit Sicherheit ein ganz toller Wahlkampf, bei dem ich auf viele Helfer zurückgreifen konnte. Ich möchte mich ausdrücklich bei meiner Frau, meiner Familie und meinen Parteifreunden sowie vielen Freunden und Bekannten bedanken, die mich unterstützt und damit zu diesem sensationellen Ergebnis ihren Beitrag geleistet haben. Mein besonderer Dank gilt auch Alexander Schweitzer, dem Fraktionssprecher der SPD im Landtag, der es sich einen Tag vor der Stichwahl nicht nehmen ließ und an meinem Wahlstand in Rodalben präsent war.

Kommunalfinanzen auf dem Weg der Besserung

Zuwachs bei Liquiditätskrediten muss gestoppt werden. Erst dann ist der Abbau von Altschulden sinnvoll. Steuerschätzung zeigt positive Signale. Finanzausgleichsmasse ist gestiegen

Autor Hans Jürgen Noss

Im Koalitionsvertrag wurde auf S. 96 eine Vereinbarung zum kommunalen Finanzausgleich getroffen.

„Der kommunale Finanzausgleich ist ein geeignetes Instrument, das wir evaluieren und fortentwickeln wollen. Der Stabilisierungsfonds hat sich bewährt, weil er wirksam zu einer Verstärkung der Einnahmen der Kommunen beiträgt. Hierdurch ist bereits heute absehbar, dass die Finanzausgleichsmasse bis zum Jahr 2020 weiterhin stärker als die Gesamtausgaben des Landes wachsen wird. Angesichts des zuletzt positiven Finanzierungssaldos der Kommunen werden bei der Evaluation im Jahr 2017 die Frage der gleichmäßigen Finanzausstattung der Kommunen und eine mögliche Anpassung der Verteilung innerhalb des kommunalen Finanzausgleiches im Vordergrund stehen. Die Belastung der einzelnen Kommunen, insbesondere der Städte und Landkreise, die besonders hohe Sozialausgaben und dadurch einen hohen Schuldenstand

verzeichnen, werden wir im Rahmen der Evaluation besonders berücksichtigen.“

Insbesondere in den kreisfreien Städten und Landkreisen muss zunächst der jährliche Zuwachs von Liquiditätskrediten gestoppt werden. Zumindest der jährliche Ausgleich des Finanzhaushalts bzw. der Finanzrechnung soll erreicht werden. Erst wenn der jährliche Zuwachs von Liquiditätskrediten gestoppt ist, wird ein Abbau der Altschulden sinnvoll (andernfalls wäre es „ein Fass ohne Boden“). Zudem wird von der Landesregierung derzeit bis Ende des Jahres ein Evaluierungsbericht zur Reform des Landesfinanzausgleichsgesetzes erstellt, aus dem dann – wenn nötig – die entsprechenden Folgerungen für eine Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs gezogen werden.

Positive Steuerschätzung

Nach der Steuerschätzung (Arbeitskreis Steuerschätzung beim Bundes-

finanzministerium) vom Mai 2017 steigen die Steuereinnahmen der rheinland-pfälzischen Gemeinden jeweils gegenüber dem Vorjahr

- in 2017 um 294 Millionen Euro,
- in 2018 um 175 Millionen Euro,
- in 2019 um 77 Millionen Euro,
- in 2020 um 381 Millionen Euro und
- in 2021 um 192 Millionen Euro.

Der hohe Zuwachs im Jahr 2020 ergibt sich, weil die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zur Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ wegfällt, das heißt: Die Gemeinden haben dann weniger Gewerbesteuerumlage zu zahlen.

Nach dem „Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2016 bis 2021“ steigt die Finanzausgleichsmasse

- in 2017 um 156 Millionen Euro,
- in 2018 um 176 Millionen Euro,
- in 2019 um 130 Millionen Euro,
- in 2020 um 82 Millionen Euro und
- in 2021 um 141 Millionen Euro.

In der Vergangenheit ist die Finanzausgleichsmasse ebenfalls angestiegen, und zwar jeweils gegenüber dem Vorjahr

- in 2014 um 263 Millionen Euro,
- in 2015 um 157 Millionen Euro und
- in 2016 um 176 Millionen Euro.

Damit wird sich die Finanzausgleichsmasse von zwei Milliarden Euro im Jahr 2013 als letztem Jahr vor der Reform des kommunalen Finanzausgleichs auf 3,281 Milliarden Euro im Jahr 2021 entwickeln.

Haushaltsplanung 2017

Von 24 Landkreisen planen für das laufende Haushaltsjahr 2017 insgesamt 13 Landkreise mit einem Überschuss in ihrem Finanzhaushalt.

Nach den vorläufigen Finanzrechnungen für das Haushaltsjahr 2016 haben zwölf Landkreise einen Überschuss in ihren Finanzrechnungen erzielt; für zwei weitere Landkreise liegen die Finanzrechnungen für das Haushaltsjahr 2016 noch nicht vor. Sie hatten ebenfalls mit Überschüssen geplant.

Im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2015 hatten 1.394 von 2.479 Kommunen (= 56 v. H.) eine ausgeglichene Finanzrechnung, davon 1.284 Gemeinden, 101 Verbandsgemeinden und neun Landkreise.

Liquiditätskredite

Von den 213 hauptamtlich geführten kommunalen Gebietskörperschaften hatten 75 zum 31. Dezember 2016 keine Liquiditätskredite, darunter auch fünf Landkreise (Ahrweiler, Mainz-Bingen, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Pfalz-Kreis, Westwald-Kreis). Umgekehrt konzentrieren sich etwas mehr als die Hälfte der Liquiditätskredite auf nur sechs kreisfreie Städte (Ludwigshafen, Mainz, Kaiserslautern, Trier, Pirmasens und Worms) und einen Landkreis (Kaiserslautern). Der Stand der Liquiditätskredite ist nicht ein Pro-



Es fließt zwar wieder mehr Geld in die Kassen der Städte und Kommunen, von Entspannung kann allerdings noch keine Rede sein.

Foto: Wolfgang Kröhler

blem der 2.479 kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz, sondern konzentriert sich in wenigen kommunalen Gebietskörperschaften, dort dafür umso stärker.

Zum 1. Januar 2016 hatten 140 hauptamtlich geführte Kommunen Liquiditätskredite. Im Jahr 2016 konnten 46 Kommunen ihre Liquiditätskredite um zusammen 175 Millionen Euro abbauen, darunter

- fünf kreisfreie Städte um insgesamt 73 Millionen Euro,
- acht Landkreise um insgesamt 53 Millionen Euro,
- 27 Verbandsgemeinden um insgesamt 35 Millionen Euro und
- sechs verbandsfreie Gemeinden um insgesamt 15 Millionen Euro.

Bei fünf Kommunen blieb der Liquiditätskreditbestand unverändert. Die Stadt Mainz konnte ihre Liquiditätskredite um 25 Millionen Euro verringern, die Stadt Koblenz um rund 20 Millionen Euro, der Landkreis Mayen-Koblenz um rund 19 Millionen Euro und die Stadt Ludwigshafen um zirka 18 Millionen Euro.

13 Kommunen konnten ihre Liquiditätskredite vollständig abbauen.

Im ersten Halbjahr 2017 konnten 46 Kommunen ihre Liquiditätskredite um zusammen 168 Millionen Euro abbauen, darunter

- zwei kreisfreie Städte um insgesamt 43 Millionen Euro,
- zwölf Landkreise um insgesamt 62 Millionen Euro,
- 28 Verbandsgemeinden um insgesamt 52 Millionen Euro und
- vier verbandsfreie Gemeinden um insgesamt 12 Millionen Euro.

Der Rechnungshof stellt fest (Kommunalbericht 2017, S. 28):

„Hätten die Hebesätze dem Durchschnitt der anderen Flächenländer entsprochen, wären – rein rechnerisch – 2015 Mehreinnahmen von 106 Millionen Euro bei den kreisfreien Städten und von 30 Millionen Euro bei den kreisangehörigen Gemeinden möglich gewesen. Bei den kreisfreien Städten hätten die Mehreinnahmen fast das Finanzierungsdefizit 2015 von 112 Millionen Euro ausgleichen können.“

Beispielsweise hatten im letzten Jahr 30 hessische Gemeinden mit zusammen über 560.000 Einwohnern bei der Grundsteuer B einen Hebesatz

von 600 v. H. oder mehr festgesetzt. In Rheinland-Pfalz waren es sechs Gemeinden mit zusammen knapp 3.900 Einwohnern.

In den vergangenen sechs Jahren (seit 2012) wurden rund 930 Millionen Euro Landeszuweisungen aus dem **Kommunalen Entschuldungsfonds** Rheinland-Pfalz (KEF-RP) gezahlt. Zusammen mit den bisher von den Kommunen im Rahmen des KEF-RP zu erbringenden Konsolidierungsbeiträgen in Höhe von etwa 465 Millionen Euro ergibt sich somit ein Betrag in Höhe von knapp 1,4 Milliarden Euro; ohne den KEF-RP wären die Liquiditätskredite der rheinland-pfälzischen Kommunen um diesen Betrag höher.

Bisher konnten 108 von ursprünglich 831 teilnehmenden Kommunen aus dem KEF-RP ausscheiden, da sie das Konsolidierungsziel erreicht haben, darunter ein Landkreis, eine verbandsfreie Gemeinde, sieben Verbandsgemeinden und 99 Ortsgemeinden.

Kommunale Investitionen

Der Bund hat ursprünglich 256 Millionen Euro für Investitionen von fi-

nanzschwachen Kommunen in den Jahren 2015 bis 2018 bereitgestellt, das Land Rheinland-Pfalz hat den Betrag um weitere zirka 32 Millionen Euro erhöht.

Nach einer Übersicht des Bundesfinanzministeriums wurden zum 30. Juni 2017 erst 13 Millionen Euro Bundesmittel abgerufen, weil die Investitionsmaßnahmen der Kommunen natürlich erst beantragt, bewilligt und dann durchgeführt werden müssen. Es sind demnach noch 246 Millionen Euro Bundesmittel „in der Pipeline“, die in den nächsten Jahren kassenwirksam werden.

Der Bund hat deshalb nicht nur den Verwendungszeitraum verlängert, sondern seine Finanzhilfen nunmehr auch zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen um weitere 256 Millionen Euro bis zum Jahr 2022 für die kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz erhöht. Auch für diese Mittel müssen die Maßnahmen natürlich erst beantragt, bewilligt und dann durchgeführt werden. Bis zum Jahr 2022 werden insgesamt rund 500 Millionen Euro in den kommunalen Haushalten kassenwirksam.



*Unseren Mitgliedern und ihren Familien,
Freunden und Gönnern wünschen wir
ein frohes und friedvolles Weihnachtsfest
sowie ein erfolgreiches Jahr 2018,
in dem wir uns alle hoffentlich gesund
und in guter Stimmung wiedersehen.*

Michael Ebling
SGK-Landesvorsitzender

Hans Jürgen Noss
SGK-Landesgeschäftsführer

Frohe Weihnachten